

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ordnungsgemäß mit Wilsdruff Nr. 6 und Postfachkonto 2640 für den folgenden Tag. Zeitungspreis bei Bestellungen monatlich 2 Mk., durch unsere Vertreter zugeträgt in der Stadt monatlich 2,50 Mk., auf dem Lande 3,00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12,25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Anzeigen und Reichweite nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Infektionspreis 1,50 Mk. für die 6-gelochte Korpuszelle oder deren Raum, Kleinfarmen, die 2-gelochte Korpuszelle 3,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechende Preisnachlässe. Zielentnahmen in ungleichen Zeit nur von 20 bis 30 Liter. Die 2-gelochte Korpuszelle 4,50 Mk. Nachschubgebühr 50 Pfg. Ausgabegebühr die vermindert 50 Pfg. Für die Nachlieferung der durch Fernsprecher übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenauftrag ist nicht verbindlich, wenn der Betrag durch Mängel eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inzeratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 270

Sonnabend den 19. November 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Kapitalertragsteuer betreffend.

Nachdem ab 1. Oktober d. J. für die Erhebung der Kapitalertragsteuer neue Bestimmungen gelten, wird bei Kapitalertragsteuerbeträgen, die durch die Post oder durch Bank — bezw. Giroüberweisung eingehen — keine besondere Quittung mehr zugestellt. Es gilt vielmehr der Posteinlieferungsabschnitt als ordnungsmäßige Quittung. Demnach kommt für den Schuldner die Ueberlieferung einer Quittung für die abgeführte Kapitalertragsteuer an den Gläubiger nicht mehr in Frage.

Der Schuldner hat seinem Gläubiger nur die betreffende Finanzklasse, an welcher er die Steuer abgeführt hat, sowie den Einzahlungstag mitzuteilen.

Es wird besonders noch darauf hingewiesen, daß wie bisher, bei obengenannten Einzahlungen der Name, Wohnort des Gläubigers, die Höhe der Kapitalschuld, Zinsfuß und Zeitraum, für welchen die Steuer entrichtet wird, genau anzugeben ist.

Rössen, am 15. November 1921.

Nr. 1772 M.

Das Finanzamt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien beginnen am 10. Dezember in Genf, die Vorbesprechungen am 23. November.
- * Der Reichsparteitag der Zentrumspartei wird zum 16. Januar nach Berlin einberufen.
- * Loucheur erklärte im Senat, er habe die gefährlichste Zeit der Wirtschaftskrise für überwunden und glaube, daß Deutschlands Finanzen sich langsam bessern würden.
- * Präsident Harding hat den Beauftragten Ellis Dresel zum Geschäftsträger der Vereinigten Staaten von Amerika beim Deutschen Reich ernannt.
- * Wegen andauernder Krankheit des Kaisers von Japan hat der Kronprinz Hiro Hito die Regentschaft übernommen.

Der ferne Osten.

Soweit also ist alles auf der Washingtoner Konferenz ein Herz und eine Seele. Nirgends regt sich ein Widerspruch gegen die Abrüstungsvorschläge der amerikanischen Regierung. Man scheint sich förmlich den Rang abzulaufen zu wollen in der Zustimmung zu den Flottenverminderungen, mit denen der Friede eingeläutet werden soll. Und wenn hier und da kleine, ganz kleine Vorbehalte gemacht werden, z. B. von England, das Vorkaufsrechte für die U-Boote vermisst, mit denen es nicht zum zweiten Male sehr unangenehme Erfahrungen machen möchte, oder von Japan wegen des Fehlens von Beschränkungen für die Luftflotte, so gibt man sich offensichtlich Mühe, diese geringen Schönheitsfehler in dem Gesamtbilde, das die Washingtoner Konferenz unmittelbar nach ihrer Eröffnung bietet, nicht weiter tragisch zu nehmen. Der nachhaltige Eindruck des Schaugepränges in der amerikanischen Bundeshauptstadt konnte sonst zu sehr beeinträchtigt werden.

Aber da ist die Frage des Fernen Ostens, in der gleiche Einigkeit sehr erwünscht wäre, leider aber ganz und gar nicht zu erhoffen ist. Schon sind Japan und China vor das Antlitz der Konferenz getreten und haben ihre Degen gezogen. China in vollem Bewußtsein der brillanten Seeflottenleistungen, die ihm hier wieder einmal von der amerikanischen Regierung geleistet werden, Japan in nicht minder klarer Erkenntnis der Tatsache, daß hier in erster Reihe über seine Zukunftsentwicklung der Stab gebrochen werden soll. In der Flottenfrage will es, natürlich nur im Prinzip, entgegenkommen, so weit ihm das seine eigene geographisch-strategische Lage nur irgend gestattet. Aber seine Stellung auf dem ostasiatischen Kontinent muß es hartnäckig zu verteidigen suchen, und es wird sich ja nun bald entscheiden müssen, ob es dabei auch im Angesichte des Washingtoner Kongresses die Unterfütterung seiner britischen Bundesgenossen finden wird oder nicht. Die chinesischen Forderungen, soweit sie bisher bekannt geworden sind, gehen so ziemlich aufs ganze. Als ihr Ziel wird angegeben, daß die Sonderinteressen Chinas sich mit den allgemeinen Interessen der ganzen Welt zu decken hätten. China wünscht, daß seine reichen Naturschätze allen Völkern zugänglich gemacht werden, die ihrer bedürfen, und möchte deshalb mit allen Völkern in einen gleichberechtigten Austausch treten. Das erfordert, daß man das Land vor der Gefahr eines fremden Angriffs schütze. Gegen die Bürgschaft der Unverletzlichkeit seines Gebietes würde also China das Prinzip der offenen Tür im vollen Umfange akzeptieren, und es würde sich weiterhin empfehlen, daß die fremden Mächte keinerlei Verträge über den Fernen Osten untereinander abschließen, ohne vorher China Gelegenheit zu bieten, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Würden alle bestehenden Beschränkungen der Freiheit Chinas aufgehoben, so könnten etwaige Streitfälle in Zukunft durch schiedsgerichtliche Regelung aus der Welt geschafft werden. Das ist ein Programm, aber das wohl schließlich die Japaner mit sich reden lassen würden. Erheblich weiter sollen jedoch die amerikanischen Ziele hinsichtlich des Fernen Ostens gestellt sein. Hier wird von einer direkten Aufhebung, zum mindesten aber von einer Abänderung des englisch-japanischen Bündnisses gesprochen, von der Räumung Schantung und Sibiriens durch Japan, von dem ausdrücklichen Verzicht Japans auf bestimmte Vorrechte, die ihm wegen seiner Sonderstellung in China durch ein früheres Abkommen mit Amerika zuerkannt worden waren, von der Aufgabe auch der britischen, französischen und aller sonstigen Einflüsse in China und ähnlichen Forderungen, die den Grundgedanken der chinesischen Unabhängigkeit völlig außer Zweifel stellen sollen. Ein besonders kritischer Punkt ist dabei noch das vorläufige Abkommen über die Befestigungsarbeiten im

Süden Ozean. Die Vereinigten Staaten wären danach bereit, auf jede Befestigung der Philippinen, der Insel Guam und der Samoa-Gruppe zu verzichten, vorausgesetzt, daß auch Japan keine Befestigungen auf seinen insularen Vorposten im westlichen Stillen Ozean anlegt. In früheren Zeiten hätten so weitgehende Programme eine internationale Konferenz sofort gesprengt. Heute scheint man sich sehr, nach den gemachten Erfahrungen vorzeitig den Beschränkungen zu spielen. Man legt lieber viele Wochen und Monate zusammen, um die Welt zu ermüden, ehe man zu Schritten übergeht, die moralischen Schaden bringen könnten. Die Lage Japans in Washington ist keineswegs beneidenswert. Die englisch-amerikanische Übereinstimmung wird dort schon jetzt so offensichtlich unterstrichen, daß ein für Japan befriedigender Ausgang der Konferenz kaum erwartet werden kann. Das Vorgefühl kommender Enttäuschungen ist auch in Japan schon an allerlei beunruhigenden Anzeichen zu spüren, und es wird der größten Anstrengungen seiner Diplomatie bedürfen, um eine volle, aller Welt sichtbare Niederlage zu verhindern.

Was wird aus den Industriekrediten?

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 17. November 1921.

Der Vorschlag des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die Eisenbahnen in Privatbesitz überzuführen, um sie rentabel zu gestalten und aus ihnen eine solche Grundlage für große Kredite zu machen, ist bis jetzt fast überall auf Ablehnung gestoßen. Nicht nur der Reichskanzler hat im Reichstagsausschuß der Zentrumspartei geäußert, daß dieses Angebot unannehmbar sei, auch große Teile der bürgerlichen politischen Kreise, insbesondere die Schwerindustriellen Vertreter im Zentrum, stellen sich auf den gleichen Standpunkt. Vor allem aber stehen die Sozialisten aller Richtungen in schärfster Opposition gegen alle derartigen Pläne.

Die Vorstände des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa sind bereits einen Schritt weiter gegangen, indem sie bestimmte Steuerforderungen aufgestellt haben, die den gleichen Erfolg wie die Industriekredite zeitigen sollen, ohne daß damit eine „Entreichung“ der Eisenbahnen verbunden wäre. Diese insgesamt 10 Programmpunkte laufen im wesentlichen auf den alten Plan der „Erfassung der Goldwerte“ hinaus, wollen also den Devisenbestand auf dem Wege der Steuer, anstatt des Kredits, dem Reiche zugänglich machen. Danach sollen die Aktiengesellschaften 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das Reich übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmungen und die Landwirtschaft sollen durch eine Steuer in gleicher Höhe befallen werden. Ferner wird u. a. gefordert: Sozialisierung des Kohlenbergbaus, rentabler Betrieb der Verkehrsunternehmungen, schärfste Erfassung der Exporterlöse, Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige, Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers, sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer und Besteuerung der Börsengewinne.

Die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien erklären, daß sie dieses Programm als Mindestforderung ansehen und es mit aller Macht durchsetzen wollen. Schon die nächsten Tage werden wohl wichtige Verhandlungen darüber bringen. Man glaubt jedoch in anderen politischen Kreisen keineswegs, daß damit die Frage der Industriekredite erledigt und bereits ein Ausweg gefunden sei, obwohl auch der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld sich gegen die Privatisierung der Bahnen ausgesprochen hat. Man meint in weiter rechtsstehenden Kreisen, daß die scharfe Ablehnung der bisherigen industriellen Vorschläge vor allem auf ihre unglückliche Fassung zurückzuführen ist. Man weist ferner darauf hin, daß die am 15. Januar fälligen 500 Goldmillionen ohne Industriekredite überhaupt nicht so rasch zu beschaffen sind, auch nicht auf dem Wege von Steuern, die nicht so schnell wirksam werden. Man glaubt daher, daß sowohl die Industrie wie ihre Gegner einander auf halbem Wege entgegenkommen müssen und werden, um die augenblicklich anscheinend unentbehrliche Kreditation doch noch trotz aller Schwierigkeiten zustande zu bringen. Veto

Ohne Aufschub und Abzug!

Die seit kurzem in Berlin weitende Reparationskommission hat sich, wie verlautet, der deutschen Regierung gegenüber auf den Standpunkt gestellt, die Untersuchungen über die wirtschaftlichen und Finanzverhältnisse des Deut-

chen Reiches hätten erwiesen, daß Deutschland die Jannuarnote ohne Abzug zahlen könne. (!) Die deutsche Industrie müsse der Regierung durch Herabgabe der fremden Devisen, die sich im Besitz der Großindustrie befinden, zu Hilfe kommen. Die Großindustrie hätte sich zu entscheiden, ob sie diese Hilfe aus eigenem Willen leisten wolle, oder ob sie es vorziehe, durch den Druck der Alliierten und die von der Regierung vorgeschlagene Beschlagnahme gezwungen zu werden.

Falls diese Mittelungen sich in vollem Umfange befähigten, würden sie nur einen neuen Beweis für die Notwendigkeit einer schleunigen freiwilligen Einigung der in der Kreditfrage einander beschuldenden Parteien darstellen.

Deutscher Reichstag.

(145. Sitzung.)

CB, Berlin, 17. November.

Interpellationen bildeten den Beratungsstoff der heutigen Sitzung. Die Interpellationen über die Bekämpfung der Schand- und Schmutzliteratur, über die wirtschaftliche Lage in Ostpreußen und über die Rastifizierung des Wiesbadener Protokolls ohne Zustimmung des Reichstages, die an erster Stelle der Tagesordnung standen, werden innerhalb der gesetzlichen Frist beantwortet werden. Hierauf wurde der Entwurf über die Abänderung der Bekannmachung, betreffend ausländische Wertpapiere, der eine weitere Einschränkung der Ausfuhr ausländischer Wertpapiere bezweckt, in allen drei Lesungen angenommen.

Ferner wurde der Gesetzentwurf über das Verfahren in den Versorgungssachen dem Ausschuss für die Kriegesbeschädigten überwiesen. Abschließend trat man in die Weiterberatung der Interpellationen und Anträge über die Aushebung der Zwangswirtschaft für die Landwirtschaft und über Warenverchiebung und Preiswucher ein.

Steuerung und Preiswucher.

Hg. Deyß (Deutsche Fr.) nahm die Landwirtschaft gegen die Vorwürfe der letzten Zeit in Schutz. An dem augenblicklichen Notstand tragen nur die hohen Ausforderungen des Militärs die Schuld. Dazu kommt der allgemeine Ausverkauf des deutschen Eigentums, namentlich im besetzten Gebiet. Deutsche Kaufleute entblößen sich sogar nicht, ihre Waren unmittelbar im Auslande zu vertrieben. Es sei daher kein Wunder, daß die Mark weiter und weiter sinkt. Der Redner ging alsdann auf verschiedene Einzelheiten der gegenwärtigen Preissteigerung ein und betonte dabei, daß von einem Preissturz der Landwirtschaft unter keinen Umständen die Rede sein kann. An dem Zuckermangel z. B. trage die Sucht der Schokoladenfabrikanten die Schuld, sich über Gebühr einzubüßen. Dazu komme die Tätigkeit der Zwangsvereinstellungsstelle, mit der Freigabe weiterer Zuckermengen zurückgehalten, um zu Weinacht größere Vorräte zur Verfügung stellen zu können. Schließlich wandte sich der Redner gegen die von den Unabhängigen eingebrachten Anträge, die eine weitere Beschränkung der freien Wirtschaft zum Ziele haben. Nur möglichst freie Wirtschaft könne die Erzeugung heben.

Hg. Trischmann (Dem.) warnte vor einer Überdehnung des Parteiprogramms. Man dürfe die Notlage des Vaterlandes nicht für Parteinteressen ausbeuten. So sei z. B. der Vorwurf gegen die Landwirtschaft, sie habe kein Verbandsrecht für die Notlage, gänzlich als Parteiprogramm anzusehen. Die Landwirtschaft habe den Beweis für ihre Unabhängigkeit erbracht, daß sie ungezählte Zeugen für die Widerbemittelten zu billigen Preisen hergegeben habe. Nur im Sinne der allgemeinen Zusammengehörigkeit können wir über die Not hinweg. Höchste Zeit sei es, die Bedingungen zu fördern, um neue Landstriche urbar zu machen. Es gelte, Raum zu schaffen, für Tausende von Bauern, die sich aus der polnischen Herrschaft fortziehen und zu uns zurückkehren wollen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt:

Die Preissteigerungen der letzten Wochen lassen uns mit danger Sorge in die Zukunft blicken, denn wir sind noch nicht am Ende. Belagenswert ist nur, daß sie im politischen Sinne ausgenutzt werden. Der Vorwurf gegen die Regierung, daß sie etwas versäumt habe, ist unstatthaft. Der Minister meinte, wenn es sich um heimische Waren handelte, so müßten lediglich die Herstellungskosten mit einem geringen Aufschlag als Preis angelegt werden. Diesen Grundlag müsse auch die Landwirtschaft auf ihre Erzeugnisse anwenden. Der Minister beklagte den Ausverkauf an das Ausland. So seien im September allein 12000 Personen über die dänische Grenze gekommen, um hier einzutauchen. Diese Vorgänge müssen eingedämmt werden. Deshalb habe das Finanzministerium Vorkautionen für den gesamten Kleinhandelsverkehr erwogen. Diese Maßnahmen seien auf alle Grenzen ausgedehnt und für einzelne Gegenstände die Ausfuhr verboten worden. Hervorzuheben sei, daß die Fiktion der Steuer über die Tätigkeit der Buchergerichte jege, in wie nachdrücklicher Weise hier eingegriffen wurde. Es ist vielfach auf Judikaturverfahren erkannt und zur Einziehung der Waren geschritten worden. Die vielfach verbreitete Ansicht, als haben wir in den Lebensgewohnheiten so ziemlich wieder den Friedensstand erreicht, sei ein großer Irrtum. Man müsse freilich nicht in die vornehmen Vorkriegszeiten, sondern in das stille Heim des Bürgers und des Arbeiters. Da ergibt sich, daß